

Stadt Bergisch Gladbach

Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Frauenbüro/Gleichstellungsstelle	Drucksachen-Nr. 326/2002				
<table border="1"><tr><td>X</td><td>Öffentlich</td></tr><tr><td></td><td>Nicht öffentlich</td></tr></table>		X	Öffentlich		Nicht öffentlich
X	Öffentlich				
	Nicht öffentlich				
Mitteilungsvorlage					
für ▼	Sitzungsdatum				
Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann	20.06.02				

Tagesordnungspunkt 9

Frauenpolitische Informationen

Inhalt der Mitteilung

Mit den nachfolgenden Presseartikeln möchte das Frauenbüro die Ausschussmitglieder über die aktuelle politische Entwicklung informieren.

Bilanz zum Frauentag:

Wie gleichberechtigt sind Frauen in der Politik und Beruf?

1911 fand der erste internationale Frauentag statt. Während damals die Einführung des passiven Frauenwahlrechts eine zentrale Forderung war, können Frauen heute ihre Interessen in Parlamenten aktiv als gewählte Mandatsträgerinnen vertreten. Sie tun das allerdings nicht in dem Maße, in dem es Männer tun:

30,9 % der Abgeordneten im Bundestag sind Frauen, also rund ein Drittel – weit entfernt von der 50 %-Marke.

Und wie sieht es in den Kommunalparlamenten aus? Unabhängig von Größenklassen der Städte und Gemeinden beträgt der Frauenanteil in den Stadträten (Stand 2001) durchschnittlich rund 28 %. Allerdings ist ein Trend festzustellen: Je größer die Kommune, desto mehr Frauen sind in der Kommunalpolitik aktiv. Während der Frauenanteil in Kommunen zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnern nur 21 % ausmacht, sind es in Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern rund 36 %. Die Chefetagen in den Kommunen sind ebenfalls vorwiegend von Männern besetzt. Die Anzahl der Ober-/Bürgermeisterinnen beträgt hier nur 4,7 %. Aber auch hier gilt: je größer die Städte, desto mehr Chefinnen. So beträgt der Anteil der Oberbürgermeisterinnen in den Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern 17 %.

Zwei von drei Frauen und immerhin jeder dritte Mann in Deutschland erwarten mehr Gleichberechtigung. Das ist das Ergebnis einer Allensbach-Umfrage, die die Zeitschrift Emma Ende vorigen Jahres in Auftrag gegeben hat. Wie sind die Bürger mit der politischen Vertretung von Fraueninteressen zufrieden? 53 % aller Frauen meinen, dass ihre Interessen in der Politik nicht ausreichend berücksichtigt werden, und 26 % aller Männer teilen diese Meinung.

Den größten Nachholbedarf sehen Frauen in den Bereichen Lohn (76 %) und bei der Hausarbeit (64 %). Wen wundert das? Noch immer verdienen Frauen rund ein Drittel weniger als Männer. Die Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit geht nach wie vor zu Lasten der Frauen. Am ehesten gleichberechtigt empfinden sich Frauen in den Bereichen Partnerschaft und Ehe (70 %), Sexualität (83 %) und Schule und Ausbildung (88 %).

Betrachtet man die große Zufriedenheit im Bereich Schule und Ausbildung, so liegt auf der Hand: In Deutschland wird ein guter Nährboden für die Gleichberechtigung gelegt. Doch er trägt noch nicht genügend Früchte. Der Bruch kommt, wenn das Ideal der Gleichberechtigung real in Familie und Beruf eingelöst werden soll. Also alles für die Katz mit der guten Ausbildung?

Das muss nicht sein: Um Hindernisse für die berufliche Gleichstellung zu beseitigen, wurde bereits einiges in Gang gesetzt. Ein Beispiel ist das Teilzeit-Gesetz. Danach haben Frauen und Männer einen Anspruch auf Teilzeit-Arbeit, wenn betriebliche Abläufe dem nicht entgegenstehen. Das Job-Aktiv-Gesetz zur Beschäftigungsförderung hebt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausdrücklich hervor. Mutterschafts- und Erziehungszeiten werden in die Arbeitslosenversicherung einbezogen. Damit können Berufsrückkehrerinnen arbeitsmarktpolitische Instrumente in Anspruch nehmen, die eine Wiedereingliederung in den Berufsalltag ermöglichen. Aber die Grundvoraussetzung dafür, dass mehr Mütter berufstätig sein können, besser verdienen und in Parlamenten aktiv mitmischen, ist die Betreuung für ihre Kinder. Hier ist eine weitere Verbesserung unstreitig erforderlich. Doch durch die Gewährung eines Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind sind die Kommunen finanziell und organisatorisch stark in Anspruch genommen worden. Soll es in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen zu weiteren Verbesserungen kommen, dürfen sich Bund und Land nicht ihrer Verantwortung entziehen, indem sie immer neue Lasten auf die Kommunen abwälzen.

Aus: Städtetag (hrsg.), Eildienst, Heft 5, 07.03.2002

Hindernis: Männerdominierte Kultur am Arbeitsplatz

Entgegen der landläufigen Meinung setzen Frauen in Führungspositionen auf Entschluss- und Durchsetzungskraft und nicht auf Einfühlungsvermögen und Teamgeist. Dieses Ergebnis hat eine Studie zutage gebracht, die auf der internationalen Konferenz „World Women Work“ vorgestellt wurde. Die Befragten – 83 Frauen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik – trotzten der männerdominierten Führungsschicht mit den als „männlich“ bezeichneten Eigenschaften und nicht den so genannten weiblichen „Soft Skills“. Dieses Ergebnis verwundert insofern, als die Wirtschaft immer wieder die Bedeutung der sog. weiblichen Fähigkeiten für die Zukunft der Wirtschaft betont.

Die Ziele der Führungsfrauen bleiben allerdings weiblich. So gaben 77 Prozent der Frauen an, im Beruf vor allem durch „intellektuelle Herausforderung“ motiviert zu werden und dem Wunsch nachzugehen, „etwas Sinnvolles zu tun“ (61%). Macht und Einfluss als Motiv spielen eine eher untergeordnete Rolle (11 %). Die erfolgreichen Frauen sehen durchaus auch die Schwierigkeiten beim Erklimmen der Karriereleiter: Für die meisten von ihnen ist die männerdominierte Kultur am Arbeitsplatz ein Hindernis, außerdem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch Letzteres

scheint auf den ersten Blick nicht gleich einleuchtend, vermutet man doch gemeinhin unter den wenigsten Führungsfrauen auch Mütter. Die Studie hat aber gezeigt, dass nahezu die Hälfte (44 %) Familie und Kinder haben. Wenn es um ideale Karrierevoraussetzungen geht, favorisieren 74 Prozent der Frauen eine Ganztagsbetreuung für Kinder. Ein europäischer Vergleich aus dem Jahr 2001 zeigt nämlich, dass eine hohe Geburtenrate einem relativ hohen Anteil an Führungskräften nicht widersprechen muss: So bringt in Frankreich beispielsweise jede Frau durchschnittlich 1,7 Kinder zur Welt, ihr Führungskräfteanteil liegt bei 35 Prozent. Die Geburtenrate in Deutschland dagegen liegt bei 1,4 Kindern pro Frau, ihr Anteil an der ersten und zweiten Führungsebene beträgt allerdings nur 27 Prozent. www.accenture.at

(Zweiwochendienst; Nr. 182 – 16. Jahrgang, 09.04.2002)

Internationale Konferenz „World Women Work“

Stolze und mutige Frauen braucht das Land

Etwa 700 Frauen und einige wenige Männer diskutierten auf der internationalen Konferenz „World Women Work“ am 25. und 26. Februar 2002 in Berlin darüber, welche Strategien die geringe Präsenz weiblicher Führung in Wirtschaft und Politik überwinden helfen. Auf dem Podium betonte Gertrud Höhler, Beraterin in Wirtschaft und Politik: „Eine Gesellschaft, die nicht stolz ist auf ihre Frauen, ist aus dem Lot.“ Dass die deutsche Gesellschaft besonders stolz auf ihre Frauen wäre, lässt sich jedenfalls nicht an ihrem Anteil in Führungspositionen ablesen: der beträgt nämlich nur knapp ein Drittel, elf Prozent der abhängig beschäftigten Frauen in Deutschland waren 2000 als Führungskraft oder mit herausgehobener Tätigkeit beschäftigt.

Schlusslicht Deutschland

So kam auch Bundesfrauenministerin Christine Bergmann (SPD) nicht umhin, das Kind beim Namen zu nennen und Deutschland das Zertifikat „Schlusslicht in Europa“ auszustellen. Laut Bergmann sind im deutschen Top-Management vier Prozent und in den mittleren Positionen 20 Prozent Frauen vertreten. Einig sind sich die meisten TeilnehmerInnen darin, dass bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen werden müssen. Am Rande der Konferenz zeichnete sich allerdings auch Unbehagen darüber ab, dem Thema Kinderbetreuung so viel Aufmerksamkeit gewidmet zu haben. „Schließlich gibt es auch Frauen, die sich klar gegen Kinder und für die Karriere entschieden haben“, erklärte eine Konferenzteilnehmerin. Schirmherr der Frauen-Konferenz war Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker.

Marktwert erkennen

Der ist kein Quotenanhänger und hält nichts von „Karitativer Frauenpolitik“. Für ihn scheint die Lösung des Problems in der Einstellung der Männer zu liegen: „Männer, die gegen Frauen im Beruf etwas haben, sind chancenlos. Wenn sie sich dieser Chancenlosigkeit bewusst werden, dann kann sich etwas ändern.“. Demnach liegt es also in der Hand der Männer, Frauen beruflich die Karriereleiter erklimmen zu lassen.

Die Münchener Geschäftsfrau Susanne Klöß sieht das anders: Für sie ist der Aufstieg von Frauen unabdingbar mit selbstbewusstem Auftreten verknüpft. Frauen, die eine Führungsposition anstreben, müssten ihre Einstellung zur Macht für sich klar definiert haben. Klöß beklagte, dass viele Frauen häufig nicht um ihren Wert auf dem Arbeitsmarkt wüssten. „Ohne das Wissen positionieren sich Frauen bei wesentlich besserer Ausbildung unter ihrem Marktwert.“ Dass so wenige Frauen in Führungspositionen sitzen, führt Rita Süßmuth nicht auf ihren Mangel an Leistung und Selbstbewusstsein zurück, sondern auf die Konkurrenz in hochdotierten und einflussreichen Positionen: „Je größer der Verteilungskampf, desto geringer ist der Anteil von Frauen.“ www.worldwomenwork.de

(Zweiwochendienst, Nr. 182 – 16. Jahrgang, 09.04.2002)

Arbeitsmarkt: Karrierebremse für Frauen

Die deutsche Arbeitsmarktpolitik ignoriert nach einer Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung das große Beschäftigungspotential qualifizierter Frauen. Im internationalen Vergleich stehe man bei der Vereinbarung von Familie und Beruf weit hinten, geht aus der Analyse hervor. Während in Deutschland nur knapp 58 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig seien, gingen in Norwegen 74 Prozent sowie in Dänemark, Schweden und der Schweiz je 72 Prozent einer Beschäftigung nach. „Vor allem Mütter mit Kindern unter sechs Jahren sind erheblich benachteiligt und arbeiten meist auf Teilzeitbasis“, erläutern die Projektleiter Werner Eichhorst und Eric Thode. Fast ein Drittel aller Frauen mit Kindern im Vorschulalter wünschten eine Vollzeitbeschäftigung. Zur Behebung des Missstandes verlangten die Arbeitsmarkt-Experten unter anderem, die regionale Mobilität am Arbeitsmarkt zu verbessern. Als Hauptgrund für die geringe Erwerbstätigkeit der Frauen nannten die Fachleute den Mangel an Einrichtungen für die Kinderbetreuung. Besonders katastrophal seien die Beschäftigungsmöglichkeiten für Mütter mit Kindern unter drei Jahren. Hier hätten nur 10 Prozent der Kinder einen Zugang zu öffentlichen Betreuungseinrichtungen. In Dänemark hingegen könnten 64 Prozent und in Schweden 48 Prozent der Kleinkinder eine solche Einrichtung besuchen. Im Weg steht den Frauen auch ein stark verbreitetes, konservatives Rollenverständnis. „Karrierechancen setzen voraus, dass man in informelle Netze eingebunden ist, sich abends noch mal zum Bier trifft“, sagt Hildegard Matthies, Projektleiterin einer aktuellen Studie des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung in Berlin. Danach sind Frauen von den eingeschränkten Aufstiegsmöglichkeiten stärker betroffen, weil ihnen immer noch die „klassische Mutterrolle“ zugeschrieben wird.

(WZ 04.02.02)

Verdi nimmt Prostituierte auf

Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi nimmt neu Prostituierte auf. Verdi will sie über ihre neuen Rechte informieren und Beratungen anbieten. Zudem will die Gewerkschaft für die Prostituierten Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying (zum Beispiel zur Aufhebung von Sperrgebietsverordnungen) machen. In Deutschland ist das „Gesetz zur Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation von Prostituierten“ am 1. Januar in Kraft getreten. Danach gilt Prostitution rechtlich nicht mehr als sittenwidrig. Das Gesetz sieht unter anderem vor, dass Prostituierte Anspruch auf Pflichtversicherung in der gesetzlichen Kranken-, Arbeitslosen und Rentenversicherung haben. Und sie können ein verweigertes Honorar gerichtlich einklagen.

(FrauenSicht 1 /02)

Frauenfreundliche Turnhallen

Für das Programm „Mehr Chancen für Frauen und Mädchen im Sport“ will NRW-Sportminister Michael Vesper 72000 Euro ausgeben: Bezahlt werden davon unter anderem ein Kongress über „Frauen in der Führung des Sports im internationalen Vergleich“ und eine Publikation zum frauenfreundlichen Sportstättenbau.

(WZ 14.01.02)

Frauen bekommen oft alte Pillen

Im deutschen Gesundheitswesen wird nach Überzeugung von einigen Politikerinnen mit zweierlei Maß gemessen: „Frauen bekommen oft die älteren Medikamente, bei der Wiederbelebung durch Notdienste werden sie auch schlechter behandelt“, sagte gestern die Grünen-Landtagsabgeordnete Marianne Hürten. Sie ist Vorsitzende einer Enquete-Kommission „Frauen und Gesundheit“ des Düsseldorfer Landtags, die bis zum Sommer 2004 ihre Ergebnisse vorlegen will. Hürten stützt sich mit ihren Aussagen auf Expertenmeinungen. Der Vorwurf, Frauen bekämen im Vergleich zu Männern die ältere und damit auch die möglicherweise weniger wirksame Medizin, sei durch eine Studie der Betriebskrankenkassen belegt. Die unterschiedliche Behandlung im Notfall sei ebenfalls durch Studien belegt und sei auch Gegenstand einer Expertenanhörung im Bundestag gewesen, so Hürten. Bislang ist die Medizin, gerade in Leitungsfunktionen, Männerdomäne, lautet für Hürten eine Begründung für die unterschiedliche Handhabung der Geschlechter in Praxen und Kliniken. „Da ist einer der Ansatzpunkte. Unsere Kommission kann vielleicht entscheidend dazu beitragen, dass sich dort etwas ändert.“ Felder zur Nachbesserung sind auch für die CDU gegeben: „Wir müssen vor allem mehr für die Mütter tun“, sagte Ursula Doppmeier, Obfrau der CDU im Ausschuss. Während die FDP den Blickwinkel auf die Ausländerfrauen mit ihren speziellen Problemen lenken will, ist die SPD unter anderem am Thema Brustkrebs (jede achte Frau ist davon betroffen) interessiert. Für diese großen Ziele hat der Landtag seiner Enquete-Kommission allerdings nicht allzu viel Geld bereitgestellt. 200.000 Mark oder etwa 104 000 Euro kann das Gremium ausgeben. Für eigene Erhebungen eindeutig zu wenig, vieles wird wohl durch die Unkosten für die Experten wie zum Beispiel den Wuppertaler Kardiologen Hartmut Gülker oder die Kieler Gender-Forscherin Adelheid Bonnemann-Böhner verschlungen. Pikant auch: In der CDU-Fraktion gibt es mit dem Abgeordneten Rudolf Henke, stellvertretender Bundesvorsitzender der Ärztevereinigung des Marburger Bundes, einen ausgesprochenen Mediziner-Lobbyisten im Parlament. Doch der kommt in der Kommission nur als stellvertretendes Mitglied zum Zuge. „Was brauchen wir den, die Argumente sind doch allen bekannt und helfen uns Frauen nicht weiter“, sagte ein weibliches Kommissionsmitglied. Die Frauen wollen eigene Wege gehen.

(WZ 17.01.02)